



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

Ministerium für Soziales und Integration
Baden-Württemberg · Postfach 103443 · 70029 Stuttgart

Regierungspräsidien
Stuttgart
Karlsruhe
Freiburg
Tübingen

Datum 07.12.2016
Name Gertrud Grundler
Durchwahl 0711 123-3684
Aktenzeichen 36-5011.3-28
(Bitte bei Antwort angeben)

Kommunalverband
für Jugend und Soziales BW

Nachrichtlich

Landkreistag BW
Städtetag BW

Wirtschaftsministerium (Wohngeld)
Justizministerium (Prozesskostenhilfe)
Innenministerium
(Asylbewerberleistungsgesetz)

 Regelbedarfsermittlungsgesetz – Umsetzung zum 1. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat mit Rundschreiben vom 2. Dezember 2016 über den Sachstand des Gesetzgebungsverfahrens zum Regelbedarfsermittlungsgesetz informiert. Es wurde gebeten, sicherzustellen, dass im Falle der Zustimmung des Bundesrats am 16. Dezember 2016 die erhöhten Regelbedarfe bereits zum 1. Januar 2017 zur Auszahlung kommen. Nach dem 16. Dezember 2016 wurde ein weiteres Rundschreiben in Aussicht gestellt.

Von einigen Stadt- und Landkreisen wurde darauf hingewiesen, dass der vom Bundesministerium avisierte Termin (nach dem 16. Dezember 2016) für die rechtzeitige

Umsetzung der neuen Regelsätze zu knapp sei. Der Rechenlauf sei am 20. Dezember 2016. Benötigt würden auch die im Regelsatz enthaltenen Anteile für Haushaltsenergie und Ernährung.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats am 16. Dezember 2016 zum Gesetz werden daher bereits jetzt die folgenden Informationen gegeben:

1. Regelsätze ab 1. Januar 2017

Regelbedarfsstufe 1 **409 Euro**

Für jede erwachsene Person, die in einer Wohnung lebt und für die nicht Regelbedarfsstufe 2 gilt,

Regelbedarfsstufe 2 **368 Euro**

Für jede erwachsene Personen, wenn sie in einer Wohnung mit einem Ehegatten oder Lebenspartner oder in eheähnlicher oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft mit einem Partner zusammenlebt,

Regelbedarfsstufe 3 **327 Euro**

Für eine erwachsene Person, deren notwendiger Lebensunterhalt sich nach § 27b des SGB XII bestimmt (Unterbringung in einer stationären Einrichtung),

Regelbedarfsstufe 4 **311 Euro**

Für eine Jugendliche oder einen Jugendlichen vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres,

Regelbedarfsstufe 5 **291 Euro**

Für ein Kind vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres,

Regelbedarfsstufe 6 **237 Euro**

Für ein Kind bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres.

2. Barbeträge ab 1. Januar 2017 für volljährige Heimbewohner

Nach § 27b SGB XII erhalten Leistungsberechtigte in Einrichtungen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, einen Barbetrag von mindestens 27 vom Hundert

der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 SGB XII. Der Barbetrag beträgt damit ab 1. Januar 2017 **110,43 Euro**.

3. Einkommensgrenzen nach § 85 Abs. 1 und 2 SGB XII

Die Einkommensgrenze nach § 85 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 1 SGB XII wird ab 1. Januar 2017 **818 Euro** (doppelte Regelbedarfsstufe 1) und der Familienschlag nach § 85 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 3 SGB XII **287 Euro** (70 Prozent der Regelbedarfsstufe 1, auf volle Euro gerundet) betragen.

4. Mehrbedarfe für die Aufbereitung von Warmwasser

Nach § 35 Abs. 4 SGB XII werden Leistungen für die zentrale Warmwasserversorgung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen, soweit diese angemessen sind, als Bestandteil der Unterkunftskosten erbracht. Ein pauschaler Abzug für die Aufbereitung von Warmwasser ist daher nicht mehr zulässig.

Erfolgt die Warmwasseraufbereitung dezentral, z.B. durch Elektroboiler, ist ein Mehrbedarf nach § 30 Abs. 7 SGB XII zu berücksichtigen, soweit nicht im Einzelfall ein abweichender Bedarf besteht oder ein Teil des angemessenen Warmwasserbedarfs durch Leistungen nach § 35 Abs. 4 SGB XII gedeckt wird.

Für die jeweiligen Regelbedarfsstufen ergeben sich folgende Beträge für den Mehrbedarf:

Mehrbedarf	in Prozent	in Euro
Regelbedarfsstufe 1	2,3	9,41 Euro
Regelbedarfsstufe 2	2,3	8,46 Euro
(Regelbedarfsstufe 3 entfällt, da nur bei stationärer Unterbringung)		
Regelbedarfsstufe 4	1,4	4,35 Euro
Regelbedarfsstufe 5	1,2	3,49 Euro
Regelbedarfsstufe 6	0,8	1,90 Euro.

5. Haushaltsenergie in den neuen Regelsätzen (§ 27a Abs. 4 SGB XII – neu)

Nach § 27a Absatz 4 SGB XII (neu) ist bei Abzugsbeträgen zur Vermeidung von Doppelleistungen ab 1. Januar 2017 auf diejenigen Beträge abzustellen, die sich aus der jeweils maßgeblichen Abteilung der EVS 2013 ergeben. Die Beträge dürfen nicht fortgeschrieben werden (vgl. dazu BRat-Drs. 541/16, Artikel 3 Nr. 2b), Begründung Seite 87).

Aus der Abteilung 04 der EVS 2013 ergeben sich für die jeweiligen Regelbedarfsstufen folgende Beträge für Haushaltsenergie:

Regelbedarfsstufe 1	33,31 Euro
Regelbedarfsstufe 2 (90 Prozent aus Regelbedarfsstufe 1)	29,98 Euro
(Regelbedarfsstufe 3 entfällt, da nur bei stationärer Unterbringung)	
Regelbedarfsstufe 4	17,84 Euro
Regelbedarfsstufe 5	12,87 Euro
Regelbedarfsstufe 6	7,98 Euro.

6. Ernährungsanteile in den neuen Regelsätzen

Auch hier gilt, dass die Anteile für Ernährung unmittelbar aus den Abteilungen 01/02 der EVS 2013 entnommen werden müssen. Eine Fortschreibung erfolgt nicht.

Für einen Erwachsenen (Regelbedarfsstufe 1) betragen die regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für Nahrungsmittel und Getränke insgesamt 137,66 Euro, davon entfallen 120,04 Euro auf Nahrungsmittel und 17,62 Euro auf Getränke (vgl. dazu BRat-Drs. 541/16, Seite 32). Nach der Sozialversicherungsentgeltverordnung 2017 beträgt der prozentuale Anteil für ein Mittagessen ab 2017 39,46 vom Hundert. Bei 30 Monatstagen sind für Nahrungsmittel täglich 4,00 Euro bzw. 4,59 Euro mit Getränken enthalten. Auf das Mittagessen entfallen dann nach der Sozialversicherungsentgeltverordnung 2017 **1,58 Euro** bzw. **1,81 Euro** mit Getränken.

Für **Regelbedarfsstufe 2** beträgt der Anteil für Ernährung rechnerisch 123,89 Euro, davon entfallen 108,03 Euro auf Nahrungsmittel und 15,86 Euro für Getränke. Bei 30 Tagen sind für Nahrungsmittel täglich 3,60 Euro bzw. 4,13 Euro enthalten. Auf das Mittagessen entfallen damit **1,42 Euro** bzw. **1,63 Euro** mit Getränken.

Im Hinblick auf die Neudefinition der Regelbedarfsstufen (vgl. dazu Ziffer 1) erübrigt sich nach Auffassung des Sozialministeriums eine Berechnung der Ernährungsanteile für **Regelbedarfsstufe 3**.

Die Regierungspräsidien werden um Unterrichtung der Träger der Sozialhilfe gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Klaus-Peter Danner